



Einen „rückläufigen Trend“ bei der radioaktiven Belastung der Milch wie der Milchprodukte aus Hessen“ lobt der neue Sozialminister Karl Heinz Trageser im

neuen Strahlenmeßbericht der Landesregierung. Damit rückt an den Rand, daß in Milchlischgetränken aus Bayern, die hier in jedem Supermarkt stehen, in dieser Woche ein Spitzenwert von 61 Becquerel je Liter gemessen worden ist. Buttermilch aus Bayern schlug mit 24 Bq/Liter zu Buche.

In den hessischen Milchproben wurden Werte zwischen fünf und 19 Becquerel gefunden, in H-Milch bis zu 21 Bq, in Milcherzeugnissen 26 Becquerel je Kilo oder Liter, im Frischkäse zehn Bq. Die Zahl der Proben, in denen Cäsium nicht nachweisbar war, stieg bei der Frischmilch auf 53 Prozent.

Einen zweiten Ausreißerwert registrierten die Fahnder beim Fleisch 307 Becquerel fanden sich im Kilo einer Kalbfleischprobe. Eine „erhebliche Belastung“, wie der Bericht vermerkt, „die von einem Tier außerhalb Hessens stammte“. Rehfleisch brachte es in dieser Woche auf 118 bis 189 Becquerel, Rindfleisch lag zwischen 30 und 48 Bq, Schweinefleisch zwischen 12 und 40, Wildschweinfleisch bei 51 Bq.

In Puten und Hähnchen aus Deutschland und Holland ließ sich Cä-

Kalb als „Ausreißer“

Milch gering belastet

sium nicht nachweisen; ebenso wenig in Eiern — sei es von Freiland- oder von Käfighühnern. Schafffleisch aus der DDR ist mit Werten zwischen 23 und 40 Bq/Kilo notiert; in Enten und Gänseleber aus Ungarn gelang der Cäsiumnachweis nicht.

Beim frischen Obst und Gemüse ist nach allen Messungen nur ein Cäsium-Wert vermerkt: 7 Bq für Äpfel, die außerhalb Hessens gewachsen sind — wo, das ist nicht angegeben. Gemessen wurden darüber hinaus Eisbergsalat, Kohlrabi, Kopfsalat, Radieschen, Rhabarber, Spargel und Spinat aus Hessen — alles „unter der Nachweisgrenze“. Das gleiche gilt für die Proben von außerhessischen Gemüsebeeten und Obstplantagen: Kohlrabi, Kopfsalat, Mischsalat, Porree, Radieschen, Rhabarber, Schalotten, Spargel, Spinat und Weißkohl aus anderen bundesdeutschen Anbaugebieten erwiesen sich als cäsiumfrei. Ebenso Erdbeeren aus Frankreich, Radieschen aus Holland, Karotten und Wirsing aus Italien, sowie ausländische grüne Bohnen (ohne Herkunftsangabe).

Die Sultaninen aus der Türkei waren ohne Cäsium, die Haselnüsse da-

gegen mit zwischen 89 und 104 Becquerel belastet. Getrocknete türkische Aprikosen brachten es auf 50 Bq je Kilo. Gerste und Malzmehl aus der DDR: „unter Nachweisgrenze“.

Die günstigen Werte bei Frischgemüse und Salaten veranlassen den Sozialminister zu der Stellungnahme: „Damit bestätigt sich erneut, daß sich die radioaktive Belastung des Bodens nach dem Reaktorunfall inzwischen so vermindert hat, daß eine erneute Belastung nicht mehr zu befürchten ist.“ Dies widerspricht freilich allem, was man über das Cäsium weiß: Da es bei einer Halbwertszeit von 30 Jahren nach dieser Zeit immer noch zur Hälfte aktiv ist, kann sich die Radioaktivi-

Neue Meßwerte lesen Sie jeden Samstag

tät im Boden allenfalls verteilt, nicht aber „vermindert“ haben.

57 Bq für Bodenproben aus Darmstadt meldet das Sozialministerium — aus Bayern aber berichtet das Umweltinstitut in München immer noch von Boden-Belastungen bis zu 1036 Bq — wenn man in acht Zentimetern Tiefe sucht. Im Spielsand des Regierungsbezirks Darmstadt ist man auf bis zu zehn Bq/Kilo gestoßen; im Spielplatzsand aus Oberbayern (laut Umweltinstitut) auf 108 Bq.

Richtwerte: „Strahlenarm“ bis zehn Bq, Hessen-Empfehlung: Nahrung unter 100 Bq. claus

Politisch agitiert oder nicht?

Untergruppenbach: Raus aus Gesellschaft für Strahlenmessung

Untergruppenbach (agi): Gekündigt wird die Mitgliedschaft der Gemeinde Untergruppenbach bei der Gesellschaft für Strahlenmessung im Unterland e. V. Das beschloß mit der knappen Mehrheit von nur einer Stimme der Gemeinderat. Der Grund: „Nach Meinung der Gemeindeverwaltung kann die Gemeinde nicht Mitglied in einem Verein sein, der parteipolitisch agitiert“, so die Sitzungsvorlage. Die Mitgliedschaft hatte die Grünen-Fraktion erfolgreich beantragt bei der jüngsten Haushaltsberatung.

Bei der Diskussion zur beantragten Kündigung ging es um die Frage, ob parteipolitisch agitiert worden sei oder nicht. Im Brennpunkt stand ein Schreiben der Gesellschaft für Strahlenmessung vom Mai 1987, das Meßdaten begleitete und an die Mitglieder gerichtet war. Sprecher der Fraktionen von SPD und Grünen konnten nichts Parteipolitischen im Anschreiben entdecken.

Helga Lindenmaier (Grüne): „Daß sich die Gesellschaft für Strahlenmessung kritisch mit Parteien auseinandersetzt, ist ihr gutes Recht.“ Die Messungen betrafen alle, argumentierte SPD-Rat Hermann Rode, und sagte: „Sind Becquerel politisch?“

Anderer Meinung waren Sprecher von UWG und CDU. Zur Veröffentlichung der Gesellschaft für Strahlenmessung mit Sitz in Neckarsulm-Obereisheim meinte Klaus-Peter Neuhofer, das seien drei Seiten Messungen und drei Seiten Agitation. Neuhofer

zu den Grünen: „Bringen Sie Ihr Institut dazu, die Zahlen allein zu veröffentlichen und das andere wegzulassen.“

Im Schreiben fanden sich Sätze wie „Als die Regierungen (außer Hessen!), die KWU und die AKW-Betreiber dann die Gefahren durch Tschernobyl verniedlichten und Informationen zum Gesundheitsschutz verweigerten, zeigte sich der Abstand der Regierenden und Mächtigen zu der Bevölkerung.“ Außerdem stellt die Gesellschaft für Strahlenmessung fest, die Diskussion im Verwaltungsausschuß der Stadt Heilbronn am 31. März 1987 habe ergeben, „daß sich die Heilbronner CDU und FDP den Zielen der Bundesregierung und der Atomlobby verpflichtet fühlen und nicht den berechtigten Interessen der Bevölkerung“.

Als über den Kündigungsantrag der Verwaltung abgestimmt wurde, sprachen sich zehn Räte dafür, neun dagegen aus.

Appell: Entscheidung zu GKN II neu überdenken

In offenen Briefen an Mitglieder des Heilbronner Gemeinderates und an Gemeinderäte des Unterlandes drückt die „Gesellschaft für Strahlenmessung im Unterland“ ihre Bestürzung aus über die Entscheidung des Gemeinderates der Stadt Heilbronn, der Inbetriebnahme des Gemeinschafts-Kraftwerks Neckarwestheim II (GKN) zuzustimmen. Das Risiko des behördlicherseits genehmigten Radioaktivitätsausstoßes und die zusätzlich mehr oder minder häufige Abgabe „gesundheitlich unbedenklicher Mengen“ von radioaktiven Stoffen bei kleinen Katastrophen werde allgemein verharmlost, heißt es darin. Ein dem offenen Brief beigefügter Aufsatz „Wirkung geringer Strahlendosen auf den Menschen“ soll die „Taschenspielertricks“ der Befürworter von Atomkraftwerken entlarven. Der offene Brief schließt mit dem Appell, über Fraktionen hinaus und über vorgegebene Denkschablonen hinweg einen Weg zu suchen, der den Bürgern die Inbetriebnahme von GKN II erspare. jm